

Die Bahn und die Politik

SPD fordert stärkere Einflussnahme der Regierung / CDU sieht kaum Spielraum

Die Sparpolitik der Bahn sorgt nach Ansicht von Kritikern für erhebliche Behinderungen im Zugverkehr. Während Opposition und Fahrgastvertreter eine stärkere Einflussnahme der Regierung fordern, setzt die Union auf Wettbewerb.

VON PAUL HELLMICH

Berlin. „Die Bahn ist dann eine gute Bahn, wenn man über sie nicht spricht, weil sie funktioniert“, sagt der Bremerhavener Bundestagsabgeordnete und Verkehrsexperte Uwe Beckmeyer (SPD). So gesehen ist die Deutsche Bahn derzeit keine gute Bahn. Die Bahn AG beruft sich darauf, dass jedes Jahr im Schnitt sechs Milliarden Euro in das Schienennetz flössen und die Verspätungsminuten seit Jahren rückläufig seien. Neben Zugausfällen und Verspätungen wurde zuletzt in den Medien ausführlich der Berliner Hauptbahnhof thematisiert. Nur sieben Jahre nach der Eröffnung muss an dem Prestigeprojekt für 25 Millionen Euro nachgebessert werden.

Dass die Sparpolitik des ehemaligen Vordachchefs Hartmut Mehdorn Schaden angerichtet hat, wird aber auch von Politikern der Regierungskoalition nicht bestritten. „Tag um Tag gibt es neue Beispiele dafür, dass gespart wurde, um die Bilanz zu schönem“, stellt Dirk Fischer, verkehrspolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, fest. Noch weiter geht Herbert Behrens, Bundestagsabgeordneter der Linken

aus Osterholz-Scharmbeck: „Nach den Skandalen um die Berliner S-Bahn oder die Risse in den Achsen von ICEs werden Aussagen von Bahnverantwortlichen fraktionsübergreifend sehr kritisch gesehen.“ Unter Mehdorns Nachfolger, Rüdiger Grube, hat sich die Zusammenarbeit zum Besseren verändert, darin sind sich Regierungsparteien und Opposition einig. „Der Umgang ist unter Grube ein völlig anderer als unter Mehdorn“, fasst Dirk Fischer zusammen, „anstelle von Rambostrukturen gibt es heute eine vernünftige Gesprächskultur.“

Union für Marktöffnung

Einigkeit darüber, wie die Zusammenarbeit zwischen der Bahn und ihrem einzigen Aktionär, der Bundesrepublik, aussehen sollte, gibt es trotzdem nicht. Die Union setzt auf eine Öffnung des Marktes. „Bahn ist nicht gleichbedeutend mit einem einzelnen Unternehmen“, betont Fischer. Seit Anfang des Jahres bekam die Bahn durch die Liberalisierung des Fernbuslinien-Marktes neue Konkurrenz.

SPD-Verkehrsexperte Beckmeyer sieht jedoch große Defizite der Regierung im Hinblick auf die Unternehmungen der Bahn. Projekte zum Ausbau von Bahnknoten, die vor vier Jahren angekündigt wurden, seien in der Versenkung verschwunden. Dadurch komme es immer wieder zu Verzögerungen. „Der Bundesregierung fehlt es sowohl am Willen als auch an der Fähigkeit, der Bahn zu sagen, wo es langgeht. Als Ge-

sellschafter könnte sie das“, erklärt Beckmeyer. Der Bund stellt drei Mitglieder des Bahn-Aufsichtsrats. Dirk Fischer sieht weit weniger Einflussmöglichkeiten, das Aktiengesetz sehe das nicht vor. „Der Einfluss des Eigentümers ist auf den Austausch des Managements beschränkt.“

Für Winfried Karg, stellvertretender Vorsitzender des Fahrgastverbandes Pro Bahn, liegen die Versäumnisse nicht nur bei der schwarz-gelben Regierung. „Wir beobachten seit Jahren mit Verwunderung, dass die Bundesregierung als Besitzer der Bahn sich merkwürdig zurückhält. Auch wechselnde Koalitionen haben daran nichts geändert.“ Schuld sei der Einfluss von Interessenverbänden und Gewerkschaften, so Karg.

Seit 2009 schreibt die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) der Bahn vor, im Austausch für 2,5 Milliarden Euro jährlich bestimmte Ziele zu erfüllen. Grundsätzlich eine sinnvolle Regelung, meint Beckmeyer: „Es ist transparenter geworden, wofür das Geld des Bundes ausgegeben wird, aber die Leistungskriterien, die die Bahn zu erfüllen hat, können und müssen wir noch deutlich verbessern.“ Die LuFV läuft Ende 2013 aus. Derzeit wird über die Nachfolgeregelung beraten. Sie unterscheidet sich laut Dirk Fischer nur in Details von der bisherigen Version, gilt aber nur ein Jahr lang. Über eine längerfristige Vereinbarung, die eventuell genauere Vorgaben an die Bahn beinhaltet, wird erst der neu gewählte Bundestag entscheiden.